Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

[illegible] Monat [illegible] für den folgenden Tag und [illegible] bei Wochenschluß und dementsprechend [illegible] „Illustrierten Unterhaltungsblatt" bei Abholung monatlich 1 ℳ 50 ₰, bei Zustellung ins Haus 1 ℳ 70 ₰, bei allen Reichspostanstalten 1 ℳ 50 ₰ exclusive Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 ₰. Nummer der Reichstagswahl 2587.

Fernsprechstelle Nr. 22.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.

Vierundsiebzigster Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 ₰, die Reklamezeile 30 ₰. Geringster Inseratenbetrag 40 ₰. Für Aufbewahrung eingesandter Manuskripte usw. keine Gewähr.

Das Neueste vom Tage.

Österreich nimmt eine Anleihe von 182 Millionen Kronen auf. (Siehe Drahtnachrichten.)

•

In Genf brach durch Unvorsichtigkeit in einem großen Benzinlager Feuer aus. Durch eine heftige Explosion der Benzin- und Petroleumvorräte fand die benachbarten Straßen auf mehrere Quadrat Meter mit Feuer bedeckt. (Siehe Drahtnachrichten.)

•

Die französische Akademie der Wissenschaften wählte den Braunschweiger Mathematiker Debetin zum auswärtigen Mitgliede.

•

Im englischen Unterhause machte der Kriegsminister Haldane Mitteilungen über das neue englische Kriegsgeschütz. Er gab auch ausführliche Darlegungen über Einführung eines regulären Luftschiffertrupps. (Siehe unter England.)

(Siehe auch letzte Meldungen.)

Die finanziellen Resultate des Postscheckverkehrs.

Für die Geschäftswelt und auch für einen großen Teil des Publikums ist die Einführung der Postschecks sicher eine große Erleichterung und Erfparnis im Geldverkehr, und das erste Jahr des Bestehens der Einrichtung der Postschecks hat gezeigt, daß viele Hunderte von Millionen durch Postscheck bezahlt werden, und daß die Postschecks wahrscheinlich noch zu viel größeren Geldumsätzen führen werden. Nicht günstig hat aber die Postverwaltung mit dem Scheckverkehr abgeschnitten, denn die finanziellen Resultate der Einführung der Postschecks für die Post selbst sind eigentlich kläglich zu nennen, und diese Erfahrungen dürften dazu führen, daß die Gebühren für die Postschecks erhöht werden. Die Scheckämter der Post haben im Jahre 1909 für sich eingenommen 3 932 636 ℳ, darunter sind Gebühren 2 611 137 ℳ, Zinsen 1 577 496 ℳ. Die Ausgaben der Post für den Scheckverkehr betrugen aber 3 112 229 ℳ, der Überschuß betrug also 820 407 ℳ. Dieser Überschuß reichte aber nicht aus, um die Arbeit und Unkosten der Postanstalten für den Scheckverkehr zu decken, denn um den Scheckverkehr zu bewältigen, hatten die Postanstalten fast 16 Millionen Zahlkarten auszugeben und über 3 Millionen Postanweisungen auszuzahlen, wofür der Post etwa 1 200 000 ℳ Kosten entstanden sind, dazu kommt der Ausfall an Porto für Postanweisungen, die wegen der Einführung der Postschecks im Jahre 1909 um fast 7 Millionen Stück zurückgegangen sind.

Der gesamte Ausfall der Postanweisungen ist daher seit der Einführung der Postschecks auf etwa 16 Millionen ℳ zu veranschlagen, weil auch noch zu berücksichtigen ist, daß in den normalen Betriebsjahren die Zahl der Postanweisungen jedes Jahr um etwa 5 Proz. gestiegen ist. Die Reichspost hat also im Jahre 1909 durch die Einrichtung des Scheckverkehrs etwa 8½ Millionen Mark zugesetzt, und da diese Mindereinnahme auch noch weiter bestehen wird, wenn die Einrichtung der Postschecks nicht geändert oder durch eine Erhöhung der Gebühren verbessert wird, so muß man es als fraglich bezeichnen, ob die Einführung der Postschecks wirklich als ein allgemeiner Vorteil anzusehen ist, denn die Mindereinnahmen der Reichspost müssen doch dann auf andere Weise von der Allgemeinheit der Steuerzahler wieder gedeckt werden, und kaufmännisch betrachtet, ist der Verlust von 8½ Millionen Mark Einnahmen bei der Reichspost durch den Scheckverkehr ein wirtschaftliches Unding. Die Benutzung der Postschecks durch die Behörden und Genossenschaften, ferner durch die Banken, Ärzte, Fabrikanten, Kaufleute, Gutsbesitzer, Rechtsanwälte, Versicherungsanstalten, Sparkassen usw. ist aber eine so ausgedehnte geworden, daß man die Einrichtung der Postschecks als solche erhalten sehen möchte. Man kann aber wohl nicht gut verlangen, daß die Reichspost durch die Postschecks ein Heidengeld zusetzt, und es müssen deshalb Mittel und Wege gefunden werden, um das Defizit zu beseitigen, welches die Reichspost durch die Einrichtung der Postschecks speziell im Geldverkehr bekommen hat.

Politische Übersicht.

Deutsches Reich.

Der Entwurf eines Reichsbesteuerungsgesetzes ist dem Reichstag zugegangen. Durch dieses Gesetz soll die Frage gesetzlich geregelt werden, inwieweit das Reich zu den Staats- und Gemeindelasten beizutragen verpflichtet ist. Durch das Gesetz soll bestimmt werden, daß das Reich verpflichtet ist, die in einem Bundesstaat, einer Gemeinde oder einem weiteren Kommunalverband allgemein festgesetzten Benutzungs- und Verwaltungsgebühren zu zahlen, sofern ihm nicht ein besonderer Rechtstitel auf Gebührenfreiheit zusteht. Dasselbe gilt von den Beiträgen, die die Grundeigentümer zur Deckung der Kosten für Herstellung und Unterhaltung der durch das öffentliche Interesse erforderten Veranstaltungen zu leisten haben. Dagegen soll das Reich von der Zahlung aller Gerichtsgebühren und aller Staatssteuern mit Ausnahme der Abgaben von Malz und Bier befreit sein. Zu den Realsteuern, die an die Gemeinden zu leisten sind, kann das Reich nur in demselben Umfang wie ein einzelner Bundesstaat herangezogen werden. Gemeinden, die Ausgaben für die auf ihrem Gebiet gelegenen fabrikmäßigen Reichsbetriebe haben, sind berechtigt, vom Reich Zuschüsse zu ihren Ausgaben zu verlangen, sofern die in der Gemeinde wohnenden staatlichen Arbeiter nicht ein höheres Einkommen als 2000 ℳ haben und ihre Zahl mehr als 10 Proz. der Zivilbevölkerung der betreffenden Gemeinde ausmacht. Das Recht auf Gebühren und Beiträge, sowie auf Steuern erlischt mit Ablauf des Rechnungsjahres, das auf das Rechnungsjahr folgt, in welchem die Forderung entstanden ist. Das Gesetz soll am 1. April d. J. in Kraft treten. Bisher hatte die Reichsverwaltung die Auffassung vertreten, daß dem Reiche durch die Gesetzgebung eines Bundesstaates ohne seine Einwilligung Verpflichtungen nicht auferlegt werden können. Nur in gewissem Umfange hat sich das Reich der Verpflichtung unterworfen, Realsteuern vom Grundbesitz zu entrichten. Es sind jedoch Zweifel über den Grundsatz aufgetaucht, ob das Reich in Streitfällen über seine Steuerpflicht der Zuständigkeit der Landesbehörden unterstehe und ob es überhaupt besteuert werden könne. Um diese zu beseitigen, ist die Schaffung eines zweifelsfreien Rechtszustandes erwünscht, der durch den vorliegenden Entwurf herbeigeführt werden soll.

Die feierliche Enthüllung der Moltkebüste in der Walhalla bei Regensburg findet am 10. Mai statt. Einladungen zu der Feier sind ergangen an den Reichskanzler, an die Spitzen der Reichs- und der bayerischen Staatsbehörden, das preußische Kriegsministerium, den preußischen Generalstab und an die Mitglieder der Familie von Moltke. Die Stadt Regensburg plant eine große Feier für Veteranen und Krieger.

Die deutsche arktische Luftschiff-Expedition ist am Sonnabend in Hamburg unter Vorsitz des Prinzen Heinrich von Preußen und unter Anteilnahme des Grafen Zeppelin und anderer Herren definitiv beschlossen worden. Die Teilnehmer an der Expedition werden am 1. Juli nach Spitzbergen reisen und von dort auf dem zur Verfügung gestellten Reichsforschungsdampfer „Poseidon" die Verhältnisse feststellen, unter welchen eine Luftschiff-Station errichtet werden kann. Dem Grafen Zeppelin wurden begeisterte Kundgebungen bei Ankunft und Abreise dargebracht. — Zur selben Zeit wurde in einer Versammlung in Berlin die Ausrüstung einer neuen deutschen Südpolarexpedition beschlossen. Die Kosten sind bereits gesichert, ein unbekannt bleiben wollender Herr zeichnete allein 300 000 ℳ. Die Leitung übernimmt Oberleutnant Filhner. Der schwedische Forscher Nordenskjöld sprach seinen Glückwunsch aus.

Für die Volkszählung am 1. Dezember hat der Bundesrat jetzt die näheren Bestimmungen beschlossen. Für die Nachrichten über die Persönlichkeit des einzelnen ist das Amtsgeheimnis zu wahren. Doch können einzelne Landesregierungen verfügen, daß die Angaben auch zu anderen Zwecken als den amtlichen statistischen Arbeiten benutzt werden. Die Fragen sind dieselben wie früher. Die Ergebnisse der Zählung sind aus den einzelnen Bundesstaaten in 12 Tabellen zu bestimmten Zeiten dem Kaiserlichen Statistischen Amt mitzuteilen. Dieses bearbeitet die Tabellen für das Reich und veröffentlicht sie sobald als möglich.

Militärisches. Das Armee-Verordnungsblatt veröffentlicht eine Allerhöchste Kabinettsorder vom 23. Februar, welche im Vertrauen auf die bewährte Zuverlässigkeit und Pflichttreue der Unteroffiziere bestimmt, daß die Vorschriften, nach denen alle Mannschaften zu einer bestimmten Abendstunde in die Kaserne oder das Quartier zurückgekehrt sein müssen, auf Unteroffiziere mit Offiziercharakter und Sergeanten keine Anwendung finden. Alle übrigen Unteroffiziere dürfen ohne Urlaub bis Mitternacht außerhalb der Kaserne oder des Quartiers bleiben. Ferner werden die Unteroffiziere der Fußtruppen vom Tragen des Gepäcks befreit bei allen Friedensübungen und Märschen mit Ausnahme solcher, die aus Rücksichten der Unterkunft die Mitnahme des Gepäcks bedingen oder bei denen für die Offiziere das Tragen der Tornister vorgeschrieben ist.

Oesterreich.

Bei dem deutschen Botschafter v. Tschirschky fand gestern ein Gesellschaftsabend statt, woran u. a. Ministerpräsident Frhr v. Bienerth, mehrere Minister und das diplomatische Korps teilnahmen.

Frankreich.

Die Werftunterschleife in Toulon. Je mehr die Untersuchung der Betrugsaffäre vorschreitet, desto mehr wird behauptet, sie fange eigentlich erst an und werde mit einem der gesamten Ma-